

Nordmazedonien

Oliver Schwarz

Mehr als zwei Jahre nach Inkrafttreten des Prespa-Abkommens zwischen Griechenland und Nordmazedonien zeigt sich die Europäische Union weiterhin unfähig, die Verhandlungen mit Skopje über einen Beitritt zu eröffnen. Zwar gelang es dem mazedonischen Ministerpräsidenten Zoran Zaev sich bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Amt zu behaupten. Der Schaden sowohl für seine innenpolitische Akzeptanz als auch für die Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik ist hingegen groß. Hatte zunächst Griechenland die Integration Skopjes jahrelang behindert, ist nach dem kurzzeitigen Veto Frankreichs diese Blockadeposition nun an Bulgarien übergegangen.

Innenpolitische Entwicklung

Da die EU trotz Abschluss des Prespa-Abkommens keine Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien aufnahm, geriet Ministerpräsident Zaev unter enormen innenpolitischen Druck. Anstatt des erhofften Auftriebs sah sich Zaev dazu veranlasst, seinen Rücktritt zu erklären und den Weg für vorgezogene Parlamentswahlen freizumachen. Seit der Unabhängigkeit des Landes 1991 ist es das fünfte Mal, dass es zu einem vorzeitigen Ende der Legislaturperiode kommt. Der ursprünglich für den 12. April 2020 vorgesehene Wahltermin musste jedoch aufgrund der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie verschoben werden. Die Parlamentswahlen fanden schließlich am 15. Juli 2020 statt.

Insgesamt fünfzehn Parteien und Wahlbündnisse stellten sich zur Wahl für das mazedonische Parlament (Sobranie). Die nationalkonservative VMRO-DPMNE („Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit“) führte das Wahlbündnis „Erneuerung Mazedoniens“ an, während die sozialdemokratische SDSM („Sozialdemokratische Liga Mazedoniens“) das Bündnis „Wir können“ vereinte. Letzterem gehörte unter anderem die Partei „Bewegung BESA“ an, womit zum ersten Mal Parteien der albanischen und der mazedonischen Bevölkerungsgruppe gemeinsam in einem Bündnis zur Wahl antraten.

In ihrem Bericht hob die Wahlbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) hervor, dass die vorgezogenen Parlamentswahlen „im Allgemeinen“ effektiv durchgeführt wurden.¹ Der Wahltag selber verlief weitgehend reibungslos. Nach Schließung der Wahllokale kam es jedoch zu einem Systemabsturz der staatlichen Wahlkommission, was eine zeitnahe und transparente Berichterstattung erschwerte. Wie das Ergebnis zeigt, konnte die VMRO-DPMNE von den vorgezogenen Parlamentswahlen nicht profitieren. Im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2016 verlor sie fünf Mandate. Auch die SDSM musste einen Verlust von drei Parlamentssitzen hinnehmen. Zu den eigentlichen Wahlsiegern zählten vielmehr die albanischen Parteien. Mit ihrer Kampagne für den ersten albanischen Premierminister Nordmazedoniens erzielte die DUI („Demokratische Union für Integration“) einen Zuwachs von 10 auf 15 Mandate. Auch die „Allianz für die Albaner“ (AFA) und die Partei „AlternAtivA“, die erstmals ein gemeinsames

1 OSZE: ODIHR Special Election Assessment Mission Final Report, 2.10.2020.

Wahlbündnis eingegangen waren, konnten mit dem Gewinn von 12 Mandaten einen beachtlichen Erfolg verzeichnen.²

Entsprechend gestärkt ging die DUI in die Gespräche um die Fortführung der Regierungskoalition mit der SDSM. Die erneute Koalitionsvereinbarung zwischen den beiden Parteien kam nach rund einem Monat zustande. Mit nur einer Stimme verfügt der damit im Amt bestätigte Ministerpräsident Zaev über eine sehr knappe Regierungsmehrheit. Ein Novum ist die zwischen den Koalitionspartnern getroffene Vereinbarung, dass das Amt des Ministerpräsidenten 100 Tage vor der nächsten Wahl an die DUI übergeben werden soll. Die DUI würde damit ihr zentrales Wahlversprechen einlösen können.

Euroatlantische Integration

Innerhalb der EU reagierte man zunächst erleichtert auf die Wiederwahl des mazedonischen Ministerpräsidenten. Bereits im März 2020 hatte sich der Rat grundsätzlich für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen sowohl mit Albanien als auch Nordmazedonien verständigt. Er war damit endlich einer Forderung nachgekommen, die die Kommission erstmals in ihrem Fortschrittsbericht 2009 erhoben hatte. Der konkrete Beginn von Beitrittsverhandlungen scheiterte dann jedoch am Widerstand Bulgariens. Die rechtskonservative Regierung unter Ministerpräsident Bojko Borissow hatte im August 2020 die Beweggründe ihres Vetos in einer Verbalnote und in einem Memorandum dargestellt. Sofia lehnt darin die eigenständige Existenz einer mazedonischen Sprache und damit ein Kernelement der mazedonischen Identität ab.³

Trotz erheblichen Protests seitens der europäischen Partner und Institutionen an dieser nationalistischen und geschichtsrevisionistischen Sicht Bulgariens gelang es weder der deutschen, noch der portugiesischen Ratspräsidentschaft, Sofia zum Einlenken zu bewegen. Große Hoffnungen werden diesbezüglich auf die am 1. Juli 2021 beginnende Präsidentschaft Sloweniens gelegt. Die Fortführung des Erweiterungsprozesses mit den Staaten des Westlichen Balkans ist ein Schwerpunkt der slowenischen Ratspräsidentschaft. Hierzu ist im Oktober 2021 ein Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brdo geplant.⁴ Auch die für den 11. Juli 2021 anberaumten Neuwahlen in Bulgarien werden mit Spannung erwartet. Diese wurden notwendig, da es nach den regulären Parlamentswahlen im April 2021 nicht zu einer Regierungsbildung gekommen war und lediglich ein Übergangskabinett gebildet werden konnte.

Weiterführende Literatur

Dimitar Bechev: *Historical Dictionary of North Macedonia*, London 2019.

Christian Voß: Der bulgarisch-mazedonische Streit um historische und sprachliche Identität. Ein Schlichtungsversuch, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 6/2020, S. 51–62.

2 Norbert Beckmann-Dierkes et al.: Vershobene, vorgezogene Wahlen in Nordmazedonien, in: Konrad Adenauer Stiftung *Länderberichte*, 17.7.2020.

3 Thomas Gutschker/Michael Martens: Mazedonien, eine Erfindung der jugoslawischen Propaganda?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.11.2020.

4 Slowenische Ratspräsidentschaft: *Programme of the Slovenian Presidency of the Council of the European Union*, 1.7.2021, S. 19.